

Lübecker Nachrichten

Lübecker General-Anzeige

Zukunft.
Made in Holstein.
JETZT:
Zukunft gestalten mit dem
Holstein Finanzkonzept.
Sparkasse
Holstein

www.LN-online.de | Sonnabend, 21. Februar 2015

Nr. 44 | 8. Woche | 70. Jahrgang | 1,00 €

Brandanschlag: Richter erlässt Haftbefehl gegen 38-Jährigen

Lübeck – Der festgenommene 38-jährige Mann, dem der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Escheburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) zur Last gelegt wird, hat vor dem Haftrichter gestern ein Geständnis abgelegt. Der Richter erließ daraufhin Haftbefehl gegen den Diplom-Finanzwirt. Der mutmaßliche Brandstifter wurde unter nicht näher bezeichneten Auflagen vorerst auf freien Fuß gesetzt. Das teilte Günter Möller, Sprecher der Lübecker Staatsanwaltschaft, mit. Der 38-Jährige, der in Escheburg direkt neben dem Tatort wohnt, war am Donnerstag unter dem dringenden Verdacht festgenommen worden, am 9. Februar einen Brandsatz in das noch unbewohnte Flüchtlingshaus geworfen zu haben. Er hatte die Tat bereits vor der Polizei gestanden. Der Mann war überführt worden, nachdem am Tatort auf einem Streichholz und der Verschlusskappe eines Kanisters DNA-Spuren von ihm gefunden worden waren. Eine Speichelprobe hatte der Verdächtige freiwillig abgegeben. **Seite 3**



Foto: AP, Image/Spa, Mezzafra, Toronto

Niederländisches Königspaar besucht Lübeck

Ihr Besuch wird kurz ausfallen, aber dafür königlich. Im März kommen der niederländische König Willem-Alexander und Königin

Maxima nach Lübeck, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken. Sie besuchen das Dräger-Werk und das Rathaus, wo sie sich

auch ins Goldene Buch der Hansestadt eintragen werden. Man fühle sich geehrt, heißt es von Seiten der Stadt. **Lokales**

Polizei stoppt Geisterfahrer

Bargteheide/Kiel – Die schleswig-holsteinische Polizei hat erstmals einen Geisterfahrer mit einer neuen Stoppmethode zum Stehen gebracht. Mit einem Stop Stick zwang die Autobahnpolizei den 33-Jährigen am Autobahnkreuz Bargteheide zum Anhalten. Dabei bohrten sich Nadeln in die Reifen des Fahrzeugs. Der Mann war fast 30 Kilometer auf der falschen Spur gefahren. **Lokales**

Wohngeld soll ab 2016 steigen

Berlin – Nach langen Diskussionen will die Bundesregierung ab 2016 das Wohngeld für Arbeitslose, Rentner und Geringverdienende erhöhen. Damit soll diese Leistung an die Entwicklung der Einkommen, Warmmieten und Nebenkosten seit der letzten Reform 2009 angepasst werden, teilte das von Barbara Hendricks (SPD) geführte Bundesbauministerium mit. Von der Reform sollen 870 000 Haushalte profitieren. **Seiten 2 und 4**

Schulden-Poker in Brüssel: Einigung in letzter Minute

Hilfsprogramm für Griechenland wird verlängert – Athen muss Reformen liefern.

Brüssel – Griechenland und die Europartner haben sich im Schuldensstreit geeinigt. Nach komplizierten Verhandlungen verständigten sich Athen und die übrigen 18 Euro-Länder gestern Abend auf eine viermonatige Verlängerung des eigentlich Ende Februar auslaufenden Hilfsprogramms. Im Gegenzug verpflichtete sich die griechische Regierung unter Alexis Tsipras, seinen bisherigen Verpflichtungen weiter nachzukommen und eine umfassende Liste mit Reformmaßnahmen vorzulegen.

Athen bekräftigte, das Hilfsprogramm bis zum 30. Juni inklusive der Spar- und Reformauflagen erfolgreich abschließen zu wollen, hieß es nach der Sondersitzung der Euro-Finanzminister in Brüssel. Ohne eine solche Vereinbarung hätte Griechenland in Kürze eine Staatspleite gedröhrt. Die Tsipras-Regierung hatte sich bis zuletzt beharrlich geweigert, im Gegenzug zu Finanzhilfen weiter Spar- und Reformauflagen zu akzeptieren.

Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem betonte, der erste Schritt des Verfahrens bestehe darin, dass die

griechische Regierung an diesem Montag eine erste Liste der Reformziele vorlegen solle. Die „Institutionen“ – gemeint sind EU-Kommission und Europäische Zentralbank (EZB) – würden dann eine erste Einschätzung abgeben, ob dies ein Ausgangspunkt sei, um die Kontrolle des Hilfsprogramms am Ende erfolgreich abzuschließen. Die Liste werde dann um Details ergänzt.

Dijsselbloem sagte, möglich sei wohl auch eine Folgevereinbarung für Griechenland, in der der IWF als wesentlicher Geldgeber Athens, auch weiterhin seine Rolle spielen werde. „Das ist ein sehr positives Ergebnis“, fasste der Niederländer zusammen. „Heute Abend gab es den ersten Schritt, um wieder Vertrauen aufzubauen“, sagte Dijsselbloem.

Ähnlich äußerte sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: „Wir sind jetzt ge-

rade dabei, das Vertrauen aufzubauen. Wir haben versucht, die Vereinbarungen so zu machen, dass Griechenland damit zurande kommen kann, wir unserer Verantwortung aber auch gerecht werden.“

Die Verhandlungen hatten ohne sichtbare Kompromissbereitschaft begonnen. Finanzminister Gianis Varoufakis hatte vor Beginn des Treffens noch Korrekturen an seinem Antrag für eine Verlängerung der Finanzhilfen abgelehnt und Entgegenkommen der Partner verlangt. Dann allerdings, verlaute aus Teilnehmerkreisen, hatten die Griechen „schwere Kost“ schlucken müssen. Dijsselbloem habe den Griechen einen Entwurf der Eurogruppe vorgelegt, in dem die Forderungen der anderen 18 Euro-Länder zusammengefasst seien. Dann habe er den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras angerufen und gesagt: „Das, oder es ist Schluss.“

Der Eurokurs reagierte positiv auf die Einigung. Die Gemeinschaftswährung sprang auf den höchsten Stand des Tages und erreichte 1,1430 US-Dollar. **Seite 4**

Ende April: Bis dahin muss Athen eine finale Aufstellung seiner Reformpläne vorlegen. Die Geldgeber müssen zustimmen.

30. Juni: An diesem Tag soll das verlängerte Hilfsprogramm auslaufen. Folgen könnte ein neues Programm.

Der neue Fahrplan für Griechenland

24. Februar: Die Geldgeber prüfen die Pläne. Wenn sie grünes Licht geben, kann eine Verlängerung des Hilfsprogramms offiziell beschlossen werden. In Ländern wie Deutschland muss auch das Parlament zustimmen.

28. Februar: Eigentlich läuft das aktuelle Hilfsprogramm der Europäer an diesem Tag aus. Wenn alles glittgeht,

wird es bis zum 30. Juni verlängert.

Ende April: Bis dahin muss Athen eine finale Aufstellung seiner Reformpläne vorlegen. Die Geldgeber müssen zustimmen.

30. Juni: An diesem Tag soll das verlängerte Hilfsprogramm auslaufen. Folgen könnte ein neues Programm.

Der neue Fahrplan für Griechenland

24. Februar: Die Geldgeber prüfen die Pläne. Wenn sie grünes Licht geben, kann eine Verlängerung des Hilfsprogramms offiziell beschlossen werden. In Ländern wie Deutschland muss auch das Parlament zustimmen.

28. Februar: Eigentlich läuft das aktuelle Hilfsprogramm der Europäer an diesem Tag aus. Wenn alles glittgeht,

wird es bis zum 30. Juni verlängert.

Ende April: Bis dahin muss Athen eine finale Aufstellung seiner Reformpläne vorlegen. Die Geldgeber müssen zustimmen.

30. Juni: An diesem Tag soll das verlängerte Hilfsprogramm auslaufen. Folgen könnte ein neues Programm.

Der neue Fahrplan für Griechenland

24. Februar: Die Geldgeber prüfen die Pläne. Wenn sie grünes Licht geben, kann eine Verlängerung des Hilfsprogramms offiziell beschlossen werden. In Ländern wie Deutschland muss auch das Parlament zustimmen.

28. Februar: Eigentlich läuft das aktuelle Hilfsprogramm der Europäer an diesem Tag aus. Wenn alles glittgeht,

wird es bis zum 30. Juni verlängert.

Ende April: Bis dahin muss Athen eine finale Aufstellung seiner Reformpläne vorlegen. Die Geldgeber müssen zustimmen.

30. Juni: An diesem Tag soll das verlängerte Hilfsprogramm auslaufen. Folgen könnte ein neues Programm.

Schlagzeug und Tschaikowsky

Das Festival bietet ein Programm der Kontraste.

Lübeck – Das Schleswig-Holstein-Musik Festival bietet in diesem Sommer 178 Konzerte an 60 Orten und 104 Spielstätten, darunter sind 33 neue. So werden erstmals auf Fechna und in Bad Schwartau Festival-Konzerte stattfinden. Wie Intendant Christian Kuhn gestern bei der Vorstellung des Programms mitteilte, wird das Solistenporträt in diesem Jahr dem Schlagzeuger Martin Grubinger

gewidmet sein, der 16 Konzerte und einen Workshop gibt. Das Komponistenporträt widmet sich Peter Tschaikowsky, in 80 Konzerten wird Musik des Russen gespielt. Neben den Klavierkonzerten und drei Sinfonien Tschaikowskys erklingt auch Kammermusik des 1893 gestorbenen Tonsetzers. **Seiten 2 und 16**

Martin Grubinger und Christian Kuhn.



Ulrich Noethen als Psychiater

In einer neuen ZDF-Krimiserie, die am Montag beginnt, spielt Ulrich Noethen (Foto) einen Psychiater, der eng mit der Polizei zusammenarbeitet. **Seite VII**

Der Duft der anderen

Es lässt sich nicht leugnen: Für unser Unterbewusstsein ist es viel wichtiger, wie die Dinge riechen, als wie sie aussehen. Wenn sich zwei nicht ausstehen können, sagen wir deshalb auch nicht, sie könnten sich nicht sehen, sondern sie können sich nicht riechen. Neuerdings wissen wir sogar, wonach wir duften: Angeblich erinnert der typische Menschengeruch an Hühnerbrühe mit einer Milchsäurenote. Die kuriose Erkenntnis verdanken wir einer US-Firma aus Kalifornien. Die ha-

ben ein Parfüm entwickelt, das nach Mensch riecht. Damit wollen sie Kühe einsprühen lassen, um Malaria-Mücken von Zweibeinern ab- und auf Rindvieher umzulenken. Auf diese Weise senke man das Risiko für Menschen, und die Kühe könnten ohnehin nicht an Malaria erkranken.

Aber vielleicht lässt sich das Parfüm auch traditionell vermarkten. Es gibt ja Zeitgenossen, die duften doch eher nach Kuh, da wünschen sich nicht nur Mücken, die wurden etwas menschlicher riechen. **nes**



20% Winterrabatt
auf alle Terrassendächer und Kaltwintergärten

Servicebüro Lübeck
Ratzeburger Allee 3-5, 23564 Lübeck
04 51 / 3 84 57 44
www.nelsonpark-td.de
Nelson Park – einfach stark!



419410 3201008 60008

LN SERVICE

Telefon: (0451) 144-0
Anzeigenservice: 144 11 11
Leserservice: 144-18 00

„Jetzt erst recht“: Umdenken in Escheburg

Nachdem klar ist, dass der Anschlag auf das Asylheim von einem Anwohner verübt wurde, sind viele Escheburger bestürzt. Sie wollen die Flüchtlinge nun willkommen heißen.

Von Marcus Stocklin



In diesem roten Holzhaus (r.) in Escheburg sollen die Asylbewerber untergebracht werden. In das Erdgeschoss der rechten Haushälfte wurde der brennende Kanister geworfen.

Foto: U.F. Kersten Neelsen

Escheburg – Die Tür ist zu, der Kleinwagen im Carport. Doch niemand öffnet heute in der freundlich wirkenden Haushälfte mit der rot gestrichenen Holzfassade in Escheburg (Herzogtum Lauenburg). Der Hausherr ist vorerst festgenommen worden. Er hat gestanden, in das Haus nebenan einen Brandsatz geworfen zu haben. Weil dort Asylbewerber einziehen sollten.

„Ich sage dazu nichts mehr“, knurrt ein direkter Nachbar. Dann beginnt er, auf die Presse zu schimpfen. Der Grund vor seinem Haus sei übrigens privat, da habe niemand etwas verloren. „Ja?“

Dass es der eigene Nachbar war, der heimlich einen gefüllten Kanister nahm, ihn mit einem Stoffstreifen entzündete und durch das Fenster der – noch leeren – Flüchtlingsunterkunft warf, will hier niemand gewusst haben. Auch, wenn manche dies anfangs vermuteten. Immerhin stürmten 15 Nachbarn gemeinsam das Büro der Leitenden Verwaltungsbeamtin im zuständigen Amt Hohe Elbgeest, um ihrem Unmut Luft zu machen. Dennoch geht auch die Polizei inzwischen von einer Einzeltat aus.

Und tatsächlich: Wer mit den Anwohnern spricht, merkt schnell, dass die Stimmung sich gedreht hat in Escheburg. Die anfängliche Empörung über die Ankunft von bis zu zwölf männlichen Asylbewerbern ist Bestürzung geworden. „Dass das alles schlimm ist, was geschehen ist, muss man wohl nicht extra sagen“, meint ein Escheburger. „Schrecklich, dass so etwas vorkommt.“ Was ein Nachbar getan habe, färbe auf das ganze Dorf ab. „Der Rufschaden ist langfristig der größte Schaden.“ Es sei im übrigen richtig, die Unterkunft trotz allem wieder für Asylbewerber herzurichten. „Man muss diese Leute aufnehmen.“

Neue Töne, wo vorher Bedenken und Angst überwogen. Die Aufklärungsarbeit von Amt und Bürgermeister und eine gemeinsame Mahnwache mit Ministerpräsident Torsten Albig vorigen Sonnabend mögen dazu beigetragen haben. Vielleicht aber half auch das Entsetzen über die Tat – die nicht etwa von Fremden oder Neonazis begangen wurde, sondern von einem biederen Familienvater, den viele kennen.



●● Traurig, was hier passiert ist. Die Flüchtlinge müssen doch irgendwo hin. Es war wohl eine Tat im Affekt. Ich denke, der Täter wird es selbst am meisten bereuen.“

Anwohner Hartmut Mohs (46).

Der 38-Jährige arbeitet in Hamburg als Finanzbeamter und macht auf seiner Facebook-Seite Werbung gegen die Verschmutzung der Meere. Ein sympathisch aussehender Mann, bisher völlig unauffällig.

„Traurig“, meint ein anderer direkter Nachbar, der den Brandstifter kennt. Er glaube an eine „dumme Idee“, eine „Tat im Affekt“. „Er wird es selbst am meisten bereuen, was er getan hat. Das war nicht durchdacht.“ Es eine Tragödie, dass M. sich zu der Tat habe „hinreißen lassen“. „Vor nur zwei Wochen war die Welt auch für ihn noch in Ordnung. Und nun das.“

Dass wohl kein Profi am Werk war, vermuteten die Experten von Polizei und Feuerwehr gleich. Viel mehr als eine kaputte Scheibe und einen verkohlenen Fleck am Fußboden hat der Anschlag an sichtbaren Schäden nicht verursacht.

Während viele aber noch vorige Woche zwölf junge irakische Män-

ner in Escheburg für untagbar hielten, allenfalls eine Familie akzeptieren wollten, scheinen nun fast alle gelächelt. „Irgendwo müssen diese Menschen ja hin“, sagt Sonja K. (35). „Jetzt erst recht“, meint sie, man müsse ein Zeichen setzen nach dem Anschlag. „Ich denke, dass die Asylbewerber jetzt auf je-

den Fall hier einziehen sollten“, bekräftigt auch der Escheburger Marc Brockmann (50).

Die Asylbewerber selbst, die ursprünglich in das Haus eingewiesen werden sollten, blieben nach Auskunft des Kreises vorerst in der Gemeinschaftsunterkunft in Gubargau und wurden in einer anderen



●● Ich bin erschüttert über den Anschlag. Ich hätte gedacht, dass man in Deutschland weiter ist.“

Nicole Maack (44).

Wohnung untergebracht. „Sie wussten bei ihrer Ankunft nichts von dem Anschlag“, so Kreissprecher Karsten Steffen.

Inzwischen sei das anders, meint David Oruzgani (42, Grüne), der stellvertretende Bürgermeister von Escheburg. Er stammt selbst aus Afghanistan und lebt unweit vom An-

schlagsort. Unter den Asylbewerbern gebe es durchaus eine gewisse Verunsicherung. Deshalb dürfe die Escheburger Unterkunft nun nicht zu schnell bezogen werden. „Das darf man diesen Menschen nicht antun.“ Manche hätten schreckliche Dinge erlebt. Er berichtet von einem Flüchtling, der bei einem Bombenanschlag Frau und Kind verlor und selbst schwer verletzt wurde.

Er selbst, so Oruzgani, sei seit 1979 in Deutschland und arbeite heute als IT-Manager. Er kenne die Vorurteile der Anwohner, versichert er. „Ich sage denen: Schaut mich an. Ich war auch mal ein Asylbewerber.“ Teilweise fehle ihm das Verständnis für die Befürchtungen seiner Nachbarn. Auch, was den Täter angehe. „Ich kenne den Mann natürlich. Ich verstehe vor allem nicht, wie er seiner Familie so etwas antun konnte.“

Die Tat habe „alles verkompliziert“. „Wir wollen jetzt eine Willkommenskultur einrichten.“ Am Montagabend soll dazu eine weitere Informationsveranstaltung stattfinden. „Es tut mir leid, dass es vorher so weit gekommen ist.“

Wie er ist auch Nicole Maack (44), deren Tochter Finja (10) die Escheburger Grundschule besucht, deren Hof an das Asyl-Haus grenzt. „Erschüttert über den Anschlag.“ „Wir müssen zeigen, dass man in Deutschland weiter ist.“



Ein Brandfleck auf dem Boden des Heims zeugt von dem Anschlag.

Chronik der Tat

9. Februar: Ein Brandsatz wird in das noch unbewohnte Asylbewerberheim von Escheburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) geworfen. Die Staatsanwaltschaft Lübeck ermittelt wegen Brandstiftung und stuft die Tat als fremdenfeindliche, politische Straftat ein. Es wird eine Belohnung von 10.000 Euro für Hinweise ausgesetzt.

14. Februar: Knapp eine Woche nach dem Brandanschlag setzen mehr als 100 Menschen bei einer Kundgebung ein Zeichen gegen Fremdenhass. Da-

runter auch etwa 50 Linksautonome. Im Vorfeld der Kundgebung beschlagnahmte die Polizei unter anderem zwei Farbbeutel und einige Böller.

19. Februar: Einer der Nachbarn wird anhand von DNA-Spuren am Brandsatz und am Fenster der Unterkunft als Täter entlarvt und festgenommen. Er gesteht. Ein Haftbefehl wird gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt. Die Motive des Mannes, der bei der Hamburger Finanzbehörde arbeitete, sind unklar.

Sorge um minderjährige Flüchtlinge

Junge Leute wie Ali R. brauchen besondere Hilfe. Das Familienministerium will ihre Verteilung neu regeln.

Berlin – Was Gewalt ist, hat Ali R. schon als kleiner Junge erfahren. Er kommt aus der afghanischen Stadt Herat. Der Vater betreibt in Herat vier Boutiquen. Er gehört der schätzlichen Minderheit an. Als er bedroht wird, flüchtet er mit Frau und Kindern in den Iran. Eine Nacht hat Ali R.s Familie Zeit, um Herat zu verlassen.

Nur Ali zieht noch weiter. Er ist 15 Jahre alt, als seine Odyssee beginnt. Ali R. hat, als die Familie Afghanistan verlässt, keinen Pass. Er reist illegal in die Türkei ein. Dann geht es mit einem kleinen, überladenen Boot zusammen mit 30 anderen von Izmir aus über das Mittelmeer an die griechische Küste. Schließlich legt er die letzte Etappe in einem Lkw-Container zurück. Sie endet in Berlin. Doch bevor er gehen darf, muss er noch den Schlepper bezahlen.



Ein minderjähriger Flüchtling beim Deutschunterricht. Foto: dpa

Sein erster Asylantrag wird abgelehnt. „In der Türkei oder im Iran kann es dir passieren, dass man dich mit dem Messer bedroht“, sagt er. „In Deutschland töten sie dich mit dem Kugelschreiber.“ Im zweiten Anlauf hat er mehr Glück:

Er darf drei Jahre bleiben. Heute wohnt der junge Afghane in Berlin. Das Leben in der Bundesrepublik ist nicht so einfach, wie er dachte. Trotzdem will er nie wieder weg. Er hat eine Lehrstelle als Einzelhandelskaufmann gefunden – und spricht passabel Deutsch.

Im deutschen Verwaltungsjargon heißen Menschen wie Ali „UmFs“ – unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Im vergangenen Jahr zahlten die Behörden 4399 unbegleitete Minderjährige, die erstmalig einen Asylantrag in Deutschland stellten. Das waren 77 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten von ihnen – 1167 Kinder und Jugendliche – wurden in Bayern aufgenommen. Die meisten „UmFs“ sind männlich. Das liegt daran, dass viele von ihnen flüchten, um dem Militärdienst zu entkommen – zum Beispiel im Bürgerkriegsland

Syrien oder in Entree. Wer minderjährig ist, kann an dem Ort bleiben, an dem er zuerst Kontakt mit den Behörden hatte. Vor allem Bayern und Hamburg fühlen sich durch die steigende Zahl minderjähriger Flüchtlinge überlastet. Denn wer unter 18 Jahre alt ist, braucht Betreuung durch das Jugendamt.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) bereitet jetzt einen Gesetzentwurf vor, der die Verteilung der Jugendlichen regeln soll. Ziel ist es, „eine kindeswohlgerichte, bundesweite Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen“. Spätestens im Sommer soll die Änderung umgesetzt werden. Unsicher sind sich die Experten nur noch, ob es besser wäre, wenn die Umverteilung erst einige Monate nach der Ankunft in Deutschland passiert – oder sofort.

Proteste, Drohungen, Brandstiftung

Streit um Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland.

Die Unterbringung von Flüchtlingen birgt Konfliktstoff. Die Zahl der Angriffe auf ihre Unterkünfte hat sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht.

Bayern: In Vorrath bei Nürnberg legten Unbekannte im Dezember Feuer in drei noch nicht bewohnten Flüchtlingsunterkünften. Sie hinterließen Hakenkreuz-Schmierereien und ausländerefeindliche Parolen an den Wänden.

Berlin: In Marzahn-Hellersdorf kamen zeitweise 1000 Menschen zu „Montagsdemos“ gegen Flüchtlinge. Der Senat erwartet für dieses Jahr zusätzlich 15.000 Flüchtlinge in der Stadt. Seit Januar werden viele von ihnen in Turnhallen untergebracht, gegen den Protest von

Sportlern, Anwohnern und Bezirkspolitikern. Im wohlhabenden Westend klagen Anwohner aus Sorge um „soziale Spannungen“ und „Schädigung von Vermögenswerten“ gegen ein geplantes Flüchtlingswohnheim.

Hamburg: Anwohner haben im wohlhabenden Stadtteil Harvestehude per Eilantrag einen Baustopp für eine Flüchtlingsunterkunft durchgesetzt.

Sachsen: Ein Hotelbesitzer im Dresdner Stadtteil Laubegast zog im Januar sein Angebot zurück, 94 Flüchtlinge unterzubringen. Er war in sozialen Netzwerken bedroht worden, und Unbekannte hatten die Wände seines Hotels mit Anti-Asyl-Sprüchen beschmieret.